

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.
24. Jahrg. Wien, Samstag, 5. Dezember 1914

Die Hilfsaktion für die Wiener Kunstlerschaft. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat vor einiger Zeit in einer Eingabe an das Ministerium die Anregung gegeben, es möge angesichts der durch die allgemeinen Verhältnisse bedingten Notlage der Wiener Kunstlerschaft dieser durch Eröffnung gewisser staatlicher Hilfsquellen eine Unterstützung zuteil werden. Der Ministerpräsident hat, wie aus einer an den Bürgermeister gerichteten Zuschrift hervorgeht, mit dem Minister für Kultus und Unterricht sich ins Einvernehmen gesetzt, der bemüht ist, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf eine Besserung der Verhältnisse hinzuwirken. Die vom Bürgermeister gemachten Anregungen, insbesondere die Erteilung für von Kunstaufträgen, die Veranstaltung einer Ausstellung unter materieller und moralischer Förderung der Staatsverwaltung, die individuelle Unterstützung besonders notleidender Künstler sowie eine Reihe anderer Maßnahmen wurden bereits vor geraumer Zeit eingehend erwogen und zum Teil auch schon verwirklicht. Der Minister für Kultus und Unterricht ist mit dem in Wien aus Kreisen der Künstler gebildeten Fürsorgekomitee in Fühlung getreten und hat ihm aus staatlichen Mitteln 10.000 K zur Verfügung gestellt. Das Komitee, welchem vom Kaiser 20.000 K gewährt wurden, hat 100.000 K für die Aktion gesammelt, welcher Betrag allerdings im Hinblick auf die großen Anforderungen, denen das Komitee gerecht werden soll, noch immer nicht ausreicht, weshalb der Unterrichtsminister sich vorbehalten hat, allenfalls auch noch einen weiteren Beitrag zu bewilligen. Mit dem Präsidium des Komitees wurde die Frage der Ausschreibung einer allgemeinen Konkurrenz zur Schaffung von Kunstwerken oder Entwürfen, die zu den Zeitereignissen in Beziehung stehen, besprochen, auch wurde dieser Plan als nicht besonders erfolgversprechend fallen gelassen. Dagegen wurde der Veranstaltung einer großen Kunstausstellung in Wien, an der sämtliche Künstler ohne Rücksicht auf ihre Kunstrichtung sich beteiligen könnten, das Wort geredet und die Förderung einer solchen Ausstellung durch die Regierung wärmstens befürwortet. Die größte Schwierigkeit bietet hierbei die Raumfrage, da dergleichen die für Kunstausstellungen zwecks in Wien bestehenden und geeigneten Lokalitäten als Militärspitäler in Verwendung stehen. Die Veranstaltung einer halbwegs entsprechenden Ausstellung bis zu Weihnachten erscheint nach Aussage der Künstler nicht tunlich, so daß ein späterer Termin in Anregung gebracht wurde. Was die Erteilung von Kunstaufträgen betrifft, so wurden gerade in letzter Zeit sowohl auf dem Gebiete der Malerei als auch auf denen der Plastik mehrfache Konkurrenzen ausgeschrieben, von denen allerdings einige sistiert werden mußten, weil ein Teil der konkurrierenden Künstler der militärischen Einberufung Folge zu leisten hatte. Weiters hat der Minister für Kultus und Unterricht beim Gouverneur der Österreichisch-ungarischen Bank zu Gunsten der baldigen Vergebung der mit dem Neubau der Banken in Verbindung stehenden Bildhauerarbeiten interveniert. Die Unterrichtsverwaltung hat ferner auch in jenen Fällen, wo es sich um materielle Unterstützung einzelner besonders notleidender Künstler handelte, an der nötigen Förderung es fehlen lassen. Die Zuschrift des Ministerpräsidenten schließt mit den Worten: „Wenn nun auch seitens der Unterrichtsverwaltung alles geschieht, um der herrschenden Not innerhalb der Kunstlerschaft tunlichst abzuhelfen, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß mit den für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Mitteln, welche schon zu normalen Zeiten auf das knappste bemessen sind, im gegenwärtigen Augenblicke, in welchem die Anforderungen besonders hohe sind, höchstens eine Milderung, nicht aber eine Beseitigung des gegenwärtigen Künstlerelends erzielt werden kann. Hierbei kommt noch in Betracht, daß die staatliche Kunstverwaltung ihr Augenmerk nicht bloß auf die Wiener Künstler sondern auf die gesamte österreichische Kunstlerschaft richten muß.“

Zum Falle Belgrads. G. d. I. Frank hat das Beglückwünschungstelegramm des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner anlässlich der Besetzung Belgrads mit folgender Depesche beantwortet: „Innig erfreut durch die heraliche Anteilnahme Eurer Exzellenz und der lieben Wiener an dem frohen Ereignisse, der just am Tage des 66 jährigen Regierungsjubiläums Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät unseres hochgeliebten Kaisers und Königs erfolgten Besitznahme Belgrads bitte ich Eure Exzellenz meinen und meiner wackeren Truppen aufrichtigsten Dank für die im Namen der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien übermittelten warmen Glückwünsche entgegenzunehmen.“

Stadtrat Schwer. In dem Befinden des Stadtrates Schwer, von dem wir kürzlich meldeten, daß er im Kaiser Jubiläumsspitale in Laiz operiert wurde, war vor einigen Tagen eine Verschlimmerung eingetreten, die einen weiteren operativen Eingriff notwendig machte. Die schwere Operation hat der Patient glücklich überstanden und er befindet sich jetzt im Zustand sichtlichster Rekonvaleszenz. Gestern besuchte ihn Bürgermeister Dr. Weiskirchner und verweilte längere Zeit an dem Krankenbett. Vizebürgermeister Hierhammer und Vizebürgermeister Rain, zahlreiche Stadt- und Gemeinderäte, Bezirksfunktionäre etc. besuchten den Patienten. Groß ist die Zahl der Anteilnehmenden aus den Kreisen der Kunstlerschaft.

Liebesgaben der Schulkinder für die Soldaten. Außerordentlich groß ist die Sammlung von Liebesgaben von Schulkindern des 4. Bezirkes. Diese Liebesgaben wurden im städt. Schulgebäude in der

Phorusgasse gesammelt und gestern von dem Chef des Kriegesfürsorgeamtes FML. L. Sbl., dem Vizepräsident des Landesschulrates Knoß von Sternegg und dem Landesschulinspektor Dr. Becker einer Besichtigung unterzogen. Die Herren wurden von den Direktoren Abgeordneter Philp und Allram und Oberlehrerin Tausensau empfangen und durch die Räume geleitet, in welchen eine große Anzahl eisiger Hände mit dem Sortieren und der Verpackung der Liebesgaben beschäftigt waren. Besonderes Interesse erregten die von den Kindern verfaßten Begleitschreiben, welche trotz aller Einfachheit eine ergreifende und rührende Wirkung üben.

Aus dem Rathaus. Der Stadtrat hält in der kommenden Woche am Donnerstag vor- und nachmittag und Freitag vormittag Sitzungen ab. - Morgen Sonntag vormittag findet die 15. Generalversammlung der Bürgervereine im Neuen Rathaus statt. Vor derselben wird in der Votivkirche ein feierlicher Gottesdienst zelebriert. Die Wiener Bürgervereine hat auch heuer wie in den Vorjahren einen eingehenden Tätigkeitsbericht erstattet. Dem Rechnungsabschluss ist zu entnehmen, daß im Jahre 1913 die Ausgaben rund 66.000 K betragen. - Morgen nachmittag findet im Festsaal die feierliche Beteiligung von Knaben und Mädchen mit Polizisten der städt. Lebens- und Rentenversicherungsanstalt statt. - Wie in den Vorjahren wird auch heuer der Festsaal des Neuen Rathauses der Schauplatz einer Reihe von Weihnachtsbetätigungen sein. Am 14. Dezember werden die Kinder der Angestellten der städt. Gaswerke, am 15. Dezember Soldatenwaisen, am 16. Dezember die Kinder der Angestellten der städt. Elektrizitätswerke und am 17. jene der städtischen Straßenbahnen beteiligt, am 19. Dezember findet eine Weihnachtsbescherung für aus der Gindreau Stiftung, am 20. des Vereines Pestalozzi und am 21. des Vereines für taubstumme Kinder statt.

Kirchenmusik in der Pfarrkirche Gersthof am Dienstag, den 8. d. M. halb 10 Uhr: Introitus und Communio-Choral, Messe in C Moll von Rösler, Graduale, Gaude filia von M. Haydn, Offertorium Ave Maria von Krenn, Tantum ergo von Rösler.

Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und für die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich, 1. Neues Rathaus.
120. Spendenausweis.
1 Xiger freiw. Wehaltsabzug städt. Lehrer K 1758, 1 Xiger freiw. Gehaltsabzug städt. Beamter K 1318, Direktoren und Angestellte der Fa. Hofherr-Schranz-Clayton & Shuttleworth A. G. K 875, Bezirksarbeitsrat Melk K 164, Br. Adolf Baum K 120, Felbermayer & Komp. K 100, Franz Josef Stiebitz K 72, Angestellte und Arbeiter der

Firma S. Jaray K 64, Emil Roth K 60, Angestellte der Medikamenten-Eigenregie K 60 und zahlreiche kleinere Spenden.

Konzert-Akademie zugunsten von Verwundeten. Auf der Klinik Eiselsberg hat sich ein Komitee gebildet, das am Dienstag, den 8. d. M. halb 4 Uhr nachmittags im Hotel Monopol 6. Bezirk Mariahilferstraße 61 zugunsten einer Weihnachtsbescherung für die Verwundeten besagter Klinik eine Konzert-Akademie veranstaltet, für welche sich hervorragende Kunstkräfte in uneigennützigster Weise zur Verfügung gestellt haben. Es wirken mit: der Wiener Sängerbund unter Leitung seines Chormeisters Prof. R. Hanke, die Kapelle C. W. Drescher, Konzertsängerin Emilie Rutschka, die Opernsängerinnen Paula Rosner-Flock (Stadttheater in Breslau) und Rosa Hamburger; Betti Fischer und Hubert Marischka (Theater a. d. Wien), Carlo Bühner, Charlotte Waldow (Deutsches Volkstheater), Cello-Virtuose F. Czernak, die Konzertsänger Lothar Starker und Rudolf Kautek, Schauspieler R. Langer (Raimund-Theater), Martha Roys (Deklamation), Quartett Rosner, u. a. Karten zu 10, 5, 3, 2 und 1 K erhältlich an nachfolgenden Stellen: am Militärkanzlei der Klinik Eiselsberg, (Allgemeines Krankenhaus, 9. Bez. Alserstraße), Gastwirtschaft Dörner 1. Bez. Georg Cochplatz 3, Café Dobner 1. Bez. Kaiser Wilhelm Ring 2; Buchhandlung Flaschka 1. Bezirk Wollzeile 89, Gastwirtschaft Spatenbräu 4. Bez. Schleifmühlgasse 21 und bei allen Komitee-Mitgliedern.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Ros dem Verein „Kinderschutzstationen“ eine Weihnachtssubvention von 2000 K bewilligt.

Der neue Kassendirektor der Stadt Wien. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des VB. Ros den Vizedirektor Rudolf Scherer zum Direktor der städtischen Hauptkassa ernannt.

Die Bezirksvertretung Neubau hält am Donnerstag, den 10. d. M. nachmittags 5 Uhr eine Sitzung ab.

Die Kohlenversorgung Wiens.

In der letzten Zeit sind in der Bevölkerung wiederholt Klagen über den Mangel an Kohle laut geworden und auch Besorgnisse in bezug auf die künftige Versorgung der Stadt Wien mit Kohle aufgetaucht. Die Wiener Gemeindeverwaltung beschäftigt sich nun schon seit Monaten eingehend mit der Frage der Kohlenversorgung und es mag vielleicht zur Beruhigung der Öffentlichkeit dienen, wenn sie über den Verlauf und das Ergebnis der übrigens noch nicht ganz abgeschlossenen Verhandlungen unterrichtet wird.

Die mit der allgemeinen Mobilisierung verbundene Inanspruchnahme der Nordbahn - der Hauptzufuhrlinie des Kohlenverkehrs nach Wien - für militärische Zwecke, ließ schon im Sommer voraussetzen, daß auf eine so regelmäßige Zufuhr von Kohle wie in Friedenszeiten auf die Dauer nicht gehofft werden könne und daß besondere Maßnahmen zur Sicherung der Kohlenversorgung notwendig sein werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beschäftigte sich daher schon im Monate September mit der Kohlenfrage und überreichte dem Kriegaminister, dem Ministerpräsidenten und dem Minister für öffentliche Arbeiten eine Denkschrift, in der er darauf hinwies, daß die Ostrauer-Karwiner Kohlenwerke mit den Lieferungen an die städtischen Gaswerke im Rückstand seien, daß als Ursache hiervon geringe Förderung und geringe Waggonbeistellung angegeben werde und in der er zugleich dringend um Abhilfe ersuchte. Unter einem beauftragte der Bürgermeister den Magistrat, sich mit der Frage der Kohlenversorgung überhaupt, insbesondere hinsichtlich der Hausbrandkohle eingehend zu befassen.

Auch das k.k. Ministerium für öffentliche Arbeiten als oberste Bergbehörde ersucht mit Rücksicht auf den außerordentlich großen Kohlenbedarf der städtischen Gaswerke, Elektrizitätswerke und sonstigen Gemeindegewerkschaften, der übrigen industriellen Betriebe und der Haushaltungen besondere Verfügungen für nötig, um diesen Bedarf auf längere Zeit sicher zu stellen und Minister Frka teilte daher in einem Schreiben vom 3. Oktober 1914 mit, daß er zur Veranlassung aller für die Versorgung der Stadt Wien mit Kohle nötigen Maßnahmen eine Kohlenversorgungskommission eingesetzt habe, zu deren Sitzungen das Eisenbahnministerium, das Handelsministerium, der Magistrat, ferner auch Vertreter der Kohlenbergbau-Unternehmungen und der Kohlenhändler eingeladen wurden. Diese Kommission trat unter dem Vorsitz des Sektionschefs von Homann zusammen und erörterte in mehreren Sitzungen die vorhandenen Kohlenvorräte, die Zufuhrschwierigkeiten und die für die Zukunft nötigen Maßnahmen. Es wurde hierbei festgestellt,

daß es erforderlich sei, für den Fall einer Verringerung oder Unterbrechung des Kohlenverkehrs auf der Nordbahn einen eisernen Bestand von etwa 170.000 t Steinkohle in den für Hausbrand geeigneten Sortimenten zu schaffen, der ungefähr für einen Monat genügen könnte. Soweit keine Steinkohle beschafft werden konnte, sollte der Vorrat durch Braunkohle ergänzt werden; da der Heizwert der Braunkohle um etwa 1/3 hinter dem der Steinkohle zurückbleibt, war der Ersatz in Braunkohle in einer verhältnismäßig größeren Menge zu leisten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte sich bereit, die Vorratsbeschaffung durch die Gemeinde in Verbindung mit der Kokssektion der Länderbank durchführen zu lassen und es wurden nun vom Arbeitsministerium Erhebungen eingeleitet, um festzustellen welche Kohlenmengen die Bergbauunternehmungen ohne Beeinträchtigung der normalen Förderung auf Vorrat zu liefern in der Lage seien und welche Preise sie hierfür beanspruchen.

Da die Aktion des Ministeriums für öffentliche Arbeiten sich naturgemäß nur auf die Lieferung inländischer Kohle erstrecken konnte, der Kohlenbedarf der Stadt Wien aber für gewöhnlich mit 70 % durch oberschlesische Kohle und nur mit 25 % aus Ostrauer Steinkohle und 5 % aus böhmischer Braunkohle gedeckt wird, so bemühte sich die Wiener Gemeindeverwaltung der Bevölkerung die bei ihr beliebteste Hausbrandkohle zu verschaffen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner wendete sich daher an ein hervorragendes und einflussreiches Mitglied der Konvention der oberschlesischen Steinkohlenwerke mit dem Ersuchen, es möge der Gemeinde Wien unmittelbar eine entsprechende Kohlenlieferung zur Versorgung der Stadt zugestanden werden, da es sich hier um ein öffentliches Interesse handle und die Gemeinde die Kohle nur zu den Selbstkosten abzugeben gewillt sei. Diesem Ersuchen wurde bereitwilligst entsprochen und es gelang ein Uebereinkommen zu erzielen, wonach die Gemeinde für Hausbrandzwecke bis 31. Jänner 1915 150.000 Tonnen Steinkohle in Mengen von 1.000 bis 3.000 Tonnen täglich beziehen und überdies für die städtischen Gaswerke 30.000 Tonnen in kleineren Tageslieferungen erhalten soll. Bedingung war, daß die Gemeinde für die Beistellung der Waggon Sorge trage. In dieser Richtung hat sich die Gemeinde an das Eisenbahnministerium gewendet, das wiederholt mit der preußischen Staatsbahn-Direktion in Kattowitz und zwar auch unter Zuziehung von Vertretern der Gemeinde Wien verhandelt hat. Bisher konnte aber mit Rücksicht auf die durch den Kriegszustand bedingten Verhältnisse des Eisenbahnverkehrs die Waggonbeistellung nicht durchgeführt und die Lieferung daher nicht in Vollzug gesetzt werden.

Inzwischen hatten die Verhandlungen im Arbeitsministerium gezeigt, daß die Kohlenbergbau-Unternehmer mit Rücksicht auf

die bestehenden Lieferungsverpflichtungen nicht in der Lage waren, die Kohlenlieferung für öffentliche Zwecke (Gasbeleuchtung, Hausbrand) vor der Lieferung an Private zu bevorzugen.

Es erließ daher die Ministerialverordnung vom 11. November 1914, R.G.Bl.Nr. 314, betreffend die Kohlenversorgung, wodurch die es dem Minister für öffentliche Arbeiten ermöglicht wird, im Interesse eines dringenden Bedarfes an Kohle die notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Kohलगewinnung zu treffen, ferner im Falle drohenden Kohlenmangels zum Zwecke einer im öffentlichen Interesse notwendigen Versorgung der Bevölkerung oder der Befriedigung eines dringenden öffentlichen Bedarfes die Besitzer von Kohle zur Lieferung der letzteren aus ihren Betrieben in bestimmten Mengen und Sorten zu verpflichten.

Sofort nach der Kundmachung dieser Verordnung überreichte die Gemeinde Wien mehrere Ansuchen um Beschlagnahme von Kohle auf Grund der neuen Bestimmungen und zwar begehrte sie für die städtischen Gaswerke: 4.000, später 4.500 Tonnen täglich aus aus den im Ostrau-Karwiner Reviere lagernden Kohlenvorräten, für Hausbrandzwecke: 150 laufende Waggon täglich gleichfalls aus den Depots des Ostrau-Karwiner Revieres, welche Forderung später auf die gleiche Menge aus frischer Förderung abgeändert wurde und Braunkohle aus dem Erbx-Teplitzer Reviere in der Menge von 3.000 Tonnen täglich durch einen ganzen Monat.

Das Arbeitsministerium hat diesem Begehren Folge gegeben und die Beschlagnahme ausgesprochen. Währenddessen hatte sich die Lage derart verändert, daß sich der Kohlenverkehr auf der Nordbahn unregelmäßig gestaltete, und die Schwierigkeit der Zufuhr erhöhte; es ergab sich daher für die Gemeinde die Notwendigkeit, nicht nur einen sogenannten eisernen Vorrat zu schaffen sondern auch auf die Deckung des laufenden Bedarfes die bisher dem Kohlen-Großhandel überlassen war, selbst Bedacht zu nehmen. Für die Lagerung des eisernen Vorrates hatte die Gemeinde Depotplätze ausgewählt, die mit einem Kostenaufwande von etwa 250.000 Kronen teils bereits hergerichtet sind, teils noch hergerichtet werden sollen. Gegenwärtig sind hiervon bereits im Betriebe die Lagerplätze Engerthstraße, Nordbahnhof (Vorgartenstraße) und Westbahnhof mit einem Fassungsraume von zusammen 92.000 Tonnen und einer Entladungsmöglichkeit von täglich 150 laufenden Waggonen. In einigen Wagen werden auch die Lagerplätze auf dem Matzleinsdorfer Frachtenbahnhofs, der 23.000 Tonnen faßt und die Entladung von 40-50 Waggonen täglich zuläßt, bereitgestellt sein. Die anderen Lagerplätze dürften in kurzer Zeit zur Verfügung stehen. Für die Versorgung des laufenden Bedarfes aber können die Lagerplätze nur im Notfalle in Betracht kommen. In erster Linie sind für diesen Zweck die Rutschen

am dienlichsten, weil sie die rasche Abfuhr der Kohle ermöglichen. Ueber Verlangen der Gemeinde haben daher das Eisenbahnministerium und die Nordbahndirektion veranlaßt, daß 16 leere Rutschen auf dem Nordbahnhofe der Gemeinde mit 15. Dezember l. J. überlassen werden. Ferner hat die Gemeinde mit den Großkohlenhändlern ein Abkommen getroffen, wonach ^{diese} die von der Gemeinde beschlagnahmte Kohle in ihre Rutschen übernehmen, wogegen sie sich verpflichtet mußten, diese Kohle, die ihnen die Gemeinde zu den Selbstkosten liefern wird, mit keinem höheren als einem ganz bestimmten Preiszuschlag zu verkaufen. Desgleichen haben sich auch die Kleinkohlenhändler durch ihre Genossenschaft bereit erklärt, für die von der Gemeinde beigegebene Kohle, die sie im Wege der Großkohlenhändler erhalten, bestimmte Höchstpreise einzuhalten.

Auf diese Art wäre die Zufuhr und der Verkauf der Kohle gesichert mit dem Vorbehalte, daß der Eisenbahnverkehr ausreicht und in Wien keine Zufuhrschwierigkeiten entstehen.

Was den Verkehr auf der Nordbahn anbelangt, so können am Nordbahnhofe derzeit nicht mehr als 450 Wagen täglich entladen werden. In den letzten Tagen gestaltete sich nun der Kohlenverkehr auf der Nordbahn derart, daß beispielsweise am 1. Dezember der Vorrat 47.784 t betrug und bis zum 5. Dezember auf 49.680 t gestiegen ist, weil die ~~Zufuhr~~ Einfuhr fortwährend die Ausfuhr überwog; so sind am 4. Dezember 7.061 t eingeführt, 6.385 t ausgeführt worden.

Da diese Zufuhren an Kohlenwaggons zum überwiegend größten Teile auf Rechnung der laufenden Schüsse der Kohlenhändler ging konnte die Gemeinde nur sehr wenig Kohle auf die Rutschen ~~bringen~~ bringen und hat nur für ihre Lagerplätze 150 Waggons täglich beziehen können. Wenn die Kohlenzufuhr am Nordbahnhofe aber unter das Maß von 450 Waggons fällt, wird die Gemeinde die Differenz aus der beschlagnahmten Kohle ergänzen.

Was die Zufuhr der Kohle in Wien selbst, sei es an die Kleinkohlenhändler, sei es an die Kunden betrifft, so hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner über diesen Gegenstand eine Besprechung mit den ^{der Groß- und Kleinfuhrwerksbesitzer} Vertretern der Genossenschaften abgehalten. In einer Denkschrift, welche die Genossenschaften hiebei überreichten, führen sie aus, daß die ~~Abfuhr~~ Abfuhr von Kohle aus dem Nordbahnhofe durch die Fuhrwerke eine vollkommen genügende sei, ja daß täglich um 1.000 t mehr weggeführt werden als im Vorjahre. Denn wenn auch der Bestand der Groß- und Kleinfuhrleute an Pferden und Kutschern um etwa 50 % vermindert ist, so sind doch andererseits auch die Fuhrn für das Baugewerbe fast ganz weggefallen. Dadurch wird es den Fuhrwerksbesitzern ermöglicht, die Kohlenzufuhr ungeschmälert aufrecht zu erhalten, ja selbst zu erhöhen. Schwierigkeiten bereitet nur die

langsamere Abfertigung auf dem Nordbahnhofe, hervorgerufen durch das ungeschulte Aufladungspersonale und die geringe Anzahl von Kontorbeamten, die von den Großhändlern für die Abfertigung beige gestellt werden. Wo Kohlenmangel eintritt, ist dies ^{nach} ~~die~~ Ansicht der Fuhrwerksbesitzer darauf zurückzuführen, daß sich sehr viele Haushalte Vorräte anzulegen trachten und infolge dessen weit mehr beziehen, als in normalen Zeitläuften.

Aus all dem geht hervor, daß so lange der Kohlenverkehr auf der Nordbahn in ausreichendem Maße aufrecht erhalten werden kann, eine eigentliche Kohlennot in Wien nicht besteht. Selbst wenn die Kohlenzufuhr auf der Nordbahn vermindert oder unterbrochen wird, hat die Gemeinde für den Notfall eine Versorgung mit Braunkohle eingeleitet. Jedenfalls muß von dem gesunden Sinne der Bevölkerung erwartet werden, daß sie sich nicht aus unbegründeter Angst vor einem gänzlichen Mangel an Kohle zum Ankaufe übermäßiger Vorräte hinreißen läßt und dadurch Schwierigkeiten schafft, welche durch die Betätigung eines Gemeinsinnes vermieden werden können.

.....

418.

Bürgervereinigung gedenken in unbegrenzter Dankbarkeit der unüber-
trefflichen Tapferkeit unserer ruhmvollen Armee und ihrer genialen
Führer und sind zu jeder Zeit bereit sich der Heldentaten der
braven Armee würdig zu erweisen, alle Opfer, die das Vaterland
fordert auf sich zu nehmen, zur endgiltigen Bezwingung aller
unserer Feinde."

Die Versammlung wurde sodann geschlossen.
